

Die UWG-Fraktion möchte klarstellen, dass schriftliche Einwohnerfragen, die unter dem Dach einer Initiative gestellt werden, dennoch in den Sitzungen behandelt und beantwortet werden, wenn nur eine/r oder einzelne Vertreterinnen bzw. Vertreter anwesend sind.

Die Verwaltung stimmt zu und möchte dies so handhaben.

Die BfM-Fraktion erklärt, dass sie den Änderungen nicht zustimmen wird, da diese gegen den Grundgedanken der Wählervereinigung BfM zur Bürgerbeteiligung sprechen.

Die SPD-Fraktion beantragt Einzelabstimmung der Absätze, da sie sich gegen den neuen Absatz 5 zur Behandlung von Einwohnerfragen, derer Fragestellende nicht in der Sitzung anwesend sind, aussprechen.

Unter Zustimmung der SPD stellt der Bürgermeister die Absätze 1 bis 4 und 5 einzeln zur Abstimmung.